

Niederschrift

über die 21. Sitzung des Sozialausschusses am 20.02.2019
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Sachstand Ehrenamt-Forum Vorlage: FB2/0295/2019	4
3 Sozialer Wohnungsbau Vorlage: FB2/0299/2019	4
4 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB2/0294/2019	6
5 Anträge	6
6 Anfragen	6
7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	6
8 Termin der nächsten Sitzung: 30. April 2019	6
9 Verschiedenes	6

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenklied Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Sachkundige Bürgerin

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Frau Katja Schulz Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

Herr Torsten Schmitt Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Guido Fliege

von der UWG-Fraktion

Herr Heinrich Peter Weyen Ratsmitglied Vertretung für Herrn Josef Gather

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker Ratsmitglied Vertretung für Herrn Gerd Dieter Hünsele

Beratende Mitglieder

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat

Herr Wilfried Pahlke Wohlfahrtsverbände

Herr Jürgen Simons

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Michaela Kümmel Fachbereich 2

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Helga Hermanns

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege

Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather

Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Gerd Dieter Hünseler

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende Herr Focken die Anwesenden und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Besonders begrüßt er den neuen Behindertenbeauftragten Herrn Simons.

Anschließend wird Herr Jürgen Simons durch den Ausschussvorsitzenden in sein Amt eingeführt und durch Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben als beratendes Mitglied des Sozialausschusses verpflichtet.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen

2 Sachstand Ehrenamt-Forum Vorlage: FB2/0295/2019

Dem Ausschuss wird die Vorlage erläutert und zur Kenntnis gegeben.

Ratsherr Bertholdt regt an, dass es dem Arbeitskreis möglich sein sollte, innerhalb nur eines einzigen Treffens ein neues Konzept zu erarbeiten.

Pfarrer Pahlke möchte für die Zukunft eine aktivere Aufgabenwahrnehmung durch den Beirat sicher gestellt sehen. Er wünsche sich eine intensivere Begleitung des Ehrenamt-Forums durch den Beirat. Abschließend weist er nochmals darauf hin, dass die Finanzierung der Diakonie zum 31.08.2019 endgültig auslaufe.

3 Sozialer Wohnungsbau Vorlage: FB2/0299/2019

Herr Maatz erläutert ausführlich die Vorlage und der Ausschuss nimmt sie zur Kenntnis.

Das Ausschussmitglied Mocka fragt nach, ob als Maßstab für die Bedarfswahlen im sozialen Wohnungsbau die Anzahl der Leistungsbezieher nach dem SGB II und XII genutzt werden könnten.

Der Erste Beigeordnete Maatz weist darauf hin, dass nicht alle Leistungsbezieher Wohnungssuchende seien und damit die Zahl keine Aussagekraft habe.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker ergänzt, dass Leistungsbezieher nach dem SGB XII in den meisten Fällen aus sozialen, gesundheitlichen und/oder persönlichen Gründen nicht zu einem Umzug wegen Unangemessenheit der Unterkunftskosten aufgefordert werden würden. Des Weiteren sei zu beachten, dass es auch Situationen gäbe, in denen nicht genügend Meerbuscher Bürger eine Wohnung des sozialen Wohnungsbaus beziehen wollten.

Ratsherr Becker möchte diesen Bericht jährlich durch die Verwaltung fortgeführt sehen, um eine Entwicklung in diesem Bereich beobachten zu können. Er gehe davon aus, dass auch im Rahmen des ISEK die steigende Altersarmut und der steigende Flüchtlingszustrom nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. Er habe die Befürchtung, dass der zur Verfügung stehende preisgebundene Wohnraum auch in Zukunft nicht ausreichend sei.

Ratsfrau Niegeloh weist darauf hin, dass der zahlreiche Wegfall der Wohnungen aus der Bindung im sozialen Wohnungsbau allen Beteiligten lange bekannt gewesen sei und auch alle Kommunen

gleichermaßen träfe. In der Folge betont sie, dass es ärgerlich sei, dass aktuell Wohnungen gebaut würden, die trotz sozialer Bindung nicht für Transferleistungsbezieher angemessen seien. Allerdings sei sie auch der Ansicht, dass es wohl Unterschiede in der Kostenstruktur für die Kosten der Unterkunft zwischen den verschiedenen Bauträgern gäbe.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken hält den Wechsel von älteren Bestandswohnungsmietern in die neu erstellten Sozialwohnungen für eine gute Lösung.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker hält diese Lösung ebenfalls für einen guten Weg. Unter Bezugnahme auf den Einwand von Frau Niegeloh erklärt er nochmals, dass seitens der Stadt Meerbusch keine Einflussmöglichkeit auf die Bruttokaltmiete oder die kalten Betriebskosten bestünde. Der Rhein-Kreis Neuss sei in regelmäßigen Abständen verpflichtet, die durchschnittliche Bruttokaltmiete durch eine neutrale Stelle ermitteln zu lassen. Diese sei in der durchschnittlichen Summe zusammengesetzt aus alten preisgünstigen Mieten sowie den neuen, teureren Mieten. Außerdem müssten heute alle Neubauten barrierefrei sein, was zu höheren kalten Betriebskosten führe, z.B. durch die Umlage eines Aufzuges, der Treppenreinigung, des Winterdienstes usw.

Ratsherr Wartchow betont die Schwierigkeit für alle Städte, angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Meerbusch zeichne sich jedoch zusätzlich noch durch besonders hohe Grundstückspreise aus. Allerdings sehe er durchaus, dass Meerbusch aktuell sehr aktiv im sozialen Wohnungsbau sei. Außerdem würden nicht alle Wohnungen, nachdem sie aus der Bindung fielen, sofort unangemessen teurer in den Mieten.

Das Ausschussmitglied Herr Weyen sieht aber die Tendenz, dass die großen Wohnungsbaugesellschaften durchaus versuchen würden, nach dem Wegfall der Bindung die Mieten an den Mietspiegel anzupassen. Des Weiteren möchte er wissen, warum die GWH sich nicht am aktuellen sozialen Wohnungsbau beteilige.

Darauf antwortet Erster Beigeordneter Maatz, dass Investoren nicht gezwungen werden könnten, solche Bauvorhaben zu tätigen. Außerdem sei dieser Ausschuss für diese Frage nicht die richtige Plattform.

Das Ratsmitglied Bertholdt betont, dass ein in Meerbusch ausgestellter Wohnberechtigungsschein kein Indikator für einen tatsächlichen Wohnraumbedarf in Meerbusch sei. Des Weiteren bittet er um Information, ob bei den Wohnungen Insterburger Straße 18a das Belegungsrecht seitens der Stadt ausgeübt wurde.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker bestätigt, dass die Stadt ihr Belegungsrecht wahrgenommen habe und vorrangig Meerbuscher Bürger dort untergebracht worden seien.

Das Ausschussmitglied Herr Bertholdt geht davon aus, dass durch den Wechsel in den Bestandswohnungen vermehrt auch größere Wohnungseinheiten frei werden müssten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken entgegnet hierzu, dass oftmals die älteren Bewohner nicht aus ihren großen Wohnungen ausziehen wollten, weil sie dort schon seit Jahrzehnten wohnten und in das soziale Umfeld eingebunden seien.

Ratsherr Becker bittet nochmals um Ermittlung der Mehrkosten für die Unterbringung von Transferleistungsbeziehern in unangemessenem Wohnraum.

Die Verwaltung erklärt, dass diese Kosten nicht sinnvoll beziffert werden könnten, da in den wenigsten Fällen die Unterbringung in unangemessenem Wohnraum daran läge, dass kein entsprechender, preisgünstiger Wohnraum zur Verfügung gestanden habe. Vielmehr spielten hier soziale Gesichtspunkte eine Rolle und damit seien es keine „Mehr“kosten mehr.

4 Aktueller Sachstand Zuwanderung **Vorlage: FB2/0294/2019**

Frau Dreyer stellt die Vorlage vor und der Ausschuss nimmt sie zur Kenntnis.

Ausschussmitglied Herr Weyen fragt nach der Zahl der abgelehnten Asylbewerber für Meerbusch. Frau Dreyer erklärt, dass die Zahl der Geduldeten der der abgelehnten Asylbewerber entspräche. Mithin seien dies für Meerbusch ca. 120 Personen. Nach Feststellung der Duldung würde noch für drei Monate die FlüAG-Pauschale für diesen Personenkreis weiter gezahlt werden.

Ratsfrau Niegeloh bittet um Erläuterung, was sich hinter den 52 sonstigen Zugängen verberge. Frau Dreyer führt aus, dass es sich fast ausschließlich um Familiennachzüge und Geburten handele.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass für die ersten Flüchtlinge die Wohnsitzauflage schon wieder auslaufe und bittet um Information, was das für Meerbusch bedeute. In Beantwortung dieser Frage erläutert Frau Dreyer, dass dieser Personenkreis berechtigt sei, Meerbusch zu verlassen. Wie viele Personen das tatsächlich in Anspruch nähmen, sei nicht bekannt.

5 Anträge

Keine Anträge

6 Anfragen

Keine Anfragen

7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Das Beschlusscontrolling wird zur Kenntnis genommen.

8 Termin der nächsten Sitzung: 30. April 2019

9 Verschiedenes

Ratsfrau Abbing bemängelt, dass der 832er Bus an Sonn- und Feiertagen den Transport von Kinderwagen und Rollstühlen ablehne. Sie bittet um Klärung der Gründe.

Der Behindertenbeauftragte Herr Simons gibt an, dass seinem Wissen nach versicherungstechnische Gründe seitens der Rheinbahn hierfür genannt wurden.

Der Erste Beigeordnete Herr Maatz sagt eine Weiterleitung dieser Frage zuständigkeitshalber an das Technische Dezernat zu.

Ratsfrau Pricken regt eine Neugründung einer ZWAR-Gruppe an. Es erfolge keine Unterstützung durch die Landesgruppe ZWAR mehr, aber gegebenenfalls stünden gleichwertige Mittel vielleicht noch zur Verfügung.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker sagt eine Klärung zu.

Ratsherr Becker erinnert an seinen Antrag, den Internetauftritt der Stadt Meerbusch in diesem Ausschuss vorzustellen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken weist darauf hin, dass dieser Punkt auf der Tagesordnung für diese Sitzung vorgesehen gewesen sei, aber auf Hinweis der Bürgermeisterin Frau Mielke-Westerlage, dass dieser Antrag in den Hauptausschuss gehöre, wieder von der Tagesordnung entfernt worden sei.

Ratsfrau Pricken regt an, die nächste Sitzung des Sozialausschusses in der Einrichtung „Pappkarton“ stattfinden zu lassen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken unterstützt diesen Antrag und bittet um Klärung seitens der Verwaltung, ob die Sitzung vom 30.04.2019 dort stattfinden könne.

Abschließend bittet der Ausschussvorsitzende Herr Focken um Informationen zur Beteiligung der Stadt an der Initiative „Gemeinsam klappt’s“.

Der Fachbereichsleiter Herr Annacker teilt mit, dass für die Stadt Meerbusch Frau Mertens daran teilnehme. Eine Vorstellung der Inhalte erfolge dann im Integrationsrat.

Meerbusch, den 1. März 2019

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Michaela Kümmel
Schriftführer/in